

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46,
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die für gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 131.

Donnerstag, den 8. Juni 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine Wahlbetrachtung.*)

Von August Bebel.

Seit der ersten Auflage dieser Schrift — Frühjahr 1895 — als eben das Geschrei nach neuen Zwangsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie laut geworden war — hat die innere Entwicklung Deutschlands große Veränderungen erfahren. Nur geringfügige politische aber um so wichtigere ökonomischer Natur.

Die kapitalistische Entwicklung, gipfelnd in der Konzentration des Kapitals, repräsentiert vornehmlich durch die großen Banken, und die Zentralisation der Industrie, repräsentiert vornehmlich durch die Syndikate und Trusts, hat seitdem ungeahnte Fortschritte gemacht. Aber diesen Fortschritten gegenüber wuchs auch auf dem Gegenpol die Zahl und die Macht des Proletariats. Der zahlenmäßige Ausdruck dieser beiderseitigen Fortschritte tritt in den Resultaten der Gewerbezahlungen der Jahre 1895 und 1907 und in dem Wachstum der sozialdemokratischen Wählerschar bei den verschiedenen Reichstagswahlen seit 1893 zutage. Die Resultate dieser beiden Vorgänge müssen miteinander verglichen werden, um klar zu erkennen, daß mit der Veränderung der ökonomischen Struktur der Gesellschaft im kapitalistischen Sinne, auch das politische Fühlen und Denken weiter Volkskreise, auf denen diese kapitalistische Entwicklung in erster Linie lastet, sich verändert und zwar zugunsten der Sozialdemokratie. Kapitalistische Entwicklung und Wachstum der Sozialdemokratie bedingen sich also gegenseitig, sie ergänzen sich.

Das ist eine so unauflösbare Tatsache, daß Staatsmänner, Wirtschaftspolitiker und Volksvertreter, die diese übersehen, ihren Beruf verfehlen und für die Ausfüllung ihrer Stellung untauglich sind.

Auf die ökonomischen Umgestaltungen, die sich aus den Resultaten der Gewerbezahlungen ergeben, hier einzugehen, würde mich zu weit führen. Niemand, der sie kennt, bestreitet sie. Dagegen will man an den verschiedensten maßgebenden Stellen noch immer nicht einsehen, daß zwischen der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft und der politischen Entwicklung der Sozialdemokratie ein ursächlicher Zusammenhang besteht, der keinem Denkenden und Prüfenden entgehen kann.

Gewiß hängt das Wachstum der Sozialdemokratie nicht nur von der kapitalistischen Entwicklung der Gesellschaft ab, aber nur insofern nicht, als eine Reihe anderer untergeordneter Ursachen mitwirkt, dieses Wachstum zu steigern oder auch seine Steigerung zu verlangsamen, aber das Wachstum bleibt. Wenn die Sozialdemokratie im Jahre 1893: 1 787 000 Stimmen, 1898: 2 100 000, 1903: 3 000 000, 1907: 3 260 000 Stimmen mußte, so zeigt schon ein oberflächlicher Blick, wie grundverschieden das Wachstum der Stimmen von einer Wahlperiode zur anderen ist. Daß dieses Wachstum von 1903 bis 1907 nur ein geringes war, verschuldet der ungeheure Druck und die Einschüchterung, die 1907 Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden in Verbindung mit den herrschenden Klassen zu einer kompakten Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie vereinigten, als gelte es, den bevorstehenden Umsturz der Gesellschaft zu verhüten. Der Kampf war einer der heroischsten, den die Partei zu führen gehabt hat, und daß sie den vereinigten Feinden zum Trotz dennoch an Stimmen zunahm, war ein großer Erfolg. Denn nicht in der Zahl der Mandate, die von großen Zufälligkeiten abhängt, sondern in der Zahl der Stimmen, die zeigen, welchen Boden die Partei im Volke hat und wohin sich ihre Anhängererschaft verbreitete, liegt der Schwerpunkt für ihre Machtchätzung.

Es ist nicht zu verwundern, daß das gleich einem unentrinnbaren Fatum vor sich gehende Wachstum der Sozialdemokratie ihre Gegner, die an der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung interessiert sind, erschreckt. Es ist eine unheimliche Wahrnehmung, daß die Gesellschaft in dem Maße, wie sie zu ihrer Verwirklichung fortschreitet, in ihrem Schoß auch die Elemente zeugt, die die Todfeinde eben dieser Gesellschaft werden müssen. Aber wenn schon im verkauften römischen Kaiserreich die herrschenden Klassen sich mit den Christen nicht abzufinden bereit waren, um so weniger die herrschenden Klassen in der bürgerlichen Welt des 20. Jahrhunderts mit der Sozialdemokratie. Die Christen gaben schließlich ihre sozialen Forderungen zugunsten ihrer religiösen Glaubenssätze preis, die Sozialdemokratie, die keine religiösen Glaubens-

sätze zu vertreten hat, wohl aber politische und soziale Forderungen, kann diese nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben.

Die Ursachen, die die Partei ins Leben riefen, machen es aber auch unmöglich, die Partei zu unterdrücken, denn die Ursachen ihrer Existenz aufheben, hieße die kapitalistische Produktionsweise, die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufheben, hieße die Selbstvernichtung aussprechen, was die Gesellschaft nicht kann.

So mußte das Sozialistengesetz versagen, und so würde die Umsturzvorlage haben versagen müssen, wenn ihre Anhänger sich im Jahre 1895 über die Grundzüge, die in ihr zum Ausdruck kommen sollten, hätten verständigen können. Aber diese Verfolgungsinstitute gegen die verhasste sozialistische Bewegung wurzeln tief in dem Wesen der herrschenden Klassen. Allen geschichtlichen Erfahrungen zum Trotz, die die heute herrschenden Klassen selbst im Laufe ihrer eigenen Entwicklung machten, rufen sie immer wieder nach Gewaltmaßnahmen, sobald sie sich bedrängt fühlen oder gewisse Vorgänge ihnen Erfolg zu versprechen scheinen. Im Bewußtsein ihrer Ohnmacht ist die Gewalt der einzige Faktor, zu dem sie Vertrauen haben. Wie tief diese Verfolgungsinstitute wurzeln, dafür lieferten wieder die Krawalle, die Ende September und im Oktober 1910 aus Anlaß von Arbeitseinstellungen im Berliner Stadtteil Moabit ausbrachen, den schlagendsten Beweis. Diese Krawalle sollten für die Scharfmacher und Angstreuer in der herrschenden Klasse den Vorwand abgeben zu verschärften gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie, um die von ihr bedrohte Gesellschaft zu retten. Freilich, der vermutete und frech behauptete Zusammenhang der Sozialdemokratie mit diesen Krawallen konnte nicht nachgewiesen werden, es wurde sogar gerichtlich festgestellt, daß ein solcher nicht vorhanden war. Aber den um ihre Herrschaft besorgten Klassen genügt auch der Schein, um ihrer Sehnsucht nach Gewaltmaßnahmen gegen eine gehäßige und gefürchtete Partei Ausdruck zu geben. Das zeigte sich schon 1894.

An dem damaligen Attentat auf den Präsidenten der französischen Republik, Carnot, war die deutsche Sozialdemokratie ebenso unschuldig wie jene, die damals die Umsturzvorlage gegen sie verlangten. Genau so 1910 in Moabit. Aber denen, die Gott Mammon dienen, müssen alle Vorgänge zum besten dienen.

Einstweilen hat der Ausgang jener Prozesse das Geschrei nach Ausnahmemaßnahmen gegen die Sozialdemokratie gedämpft, denn nicht diese, sondern das System, dessen Hauptstütze die Polizei ist, wurde in jenen Prozessen in einer Weise an den Pranger gestellt, wie ähnliches nie in einem zivilisierten Staate vorgekommen ist. Aber das verhindert nicht, daß bei einer nächsten Gelegenheit das Verlangen nach verschärfter Gesetzgebung sich wieder erhebt, denn das böse Gewissen läßt dem Unterdrücker keine Ruhe. Er sieht, wie gegen seine Urpation sich eine immer stärker werdende Macht erhebt, deren Sieg er fürchtet. Es ist eben eine alte geschichtliche Erfahrung: In Zeiten einer in der Umwälzung aller wirtschaftlichen und kulturellen Zustände begriffenen Geschichtsperiode, in der überall Neues zur Geltung drängt, verlieren die herrschenden Klassen leicht den Kopf und begehen Handlungen, die das Gegenteil dessen hervorrufen, was sie bezwecken sollen. Statt zu beruhigen regen sie auf, statt die Bewegung zu unterdrücken, was sie möchten, geben sie ihr neuen Nährstoff und beschleunigen so den Sieg, den sie verhindern wollen.

In einem täuschte sich Friedrich Engels in seiner Auffassung. Die Partei hat aus den Kreisen der Kleinbürger und Kleinbauern nicht den Zuwachs erhalten, den er glaubte annehmen zu müssen. Er sah nicht die intensive Agitation, die das Agrarierum und die an der ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands interessierten Schichten in den Kleinbauern- und Kleinbürgerkreisen entfachteten. Diese Kleinbürger und Kleinbauern, selbst Produkte eines rückständigen, unentwickelten ökonomischen Zustandes, ließen sich vielmehr von dem Sirenenengesang der Agrarier und Rückwärtsler mit der Parole, die Bauern und Kleinbürger zu retten, einfangen und leisteten ihnen gehorham Wahlhilfe. Die Enttäuschung wird nicht ausbleiben und sie hat, täuschen nicht die Zeichen der Zeit, bereits begonnen. Die kapitalistische Entwicklung macht in Deutschland Jahr für Jahr so riesenhafte Fortschritte, daß der eisenstirnigste Kleinbürger und Kleinbauer sich dieser Erscheinung und ihren Wirkungen nicht verschließen kann. Er spürt sie am eigenen Leibe. Die hier in Betracht kommenden Schichten denken langsam und müssen sich erst aus vielen Borurteilen befreien, aber sie denken. blieb aus diesen Gründen der raschere Fortschritt der sozialdemokratischen Partei hinter den Erwartungen, die Engels und mit ihm andere hegten, zurück, die Zukunft wird nachholen, was die Vergangenheit noch nicht brachte.

Vorausichtlich werden die nächsten Reichstagswahlen der Partei, im Vergleich zu den vorhergehenden Wahlen,

einen erheblichen Stimmenzuwachs einbringen. Aber als wirklicher Gewinn kann nur angesehen werden, was über dreiundneinhalb Millionen Stimmen hinausgeht, da die ungünstige Situation der Wahlen im Jahre 1907 uns mindestens eine Viertelmillion Stimmen kostete, die wir bei normalen Wahlen hätten mehr haben müssen. Es wird sich also fragen, wie weit bis zu den nächsten Wahlen der Stimmung- und Gesinnungswandel in den kleinstädtischen und kleinstädtischen Schichten eingetreten ist. Alsdann könnte im Verein mit den vermehrten Arbeiterstimmen eine sehr erhebliche Steigerung der sozialdemokratischen Stimmenzahl eintreten, die alsdann Regierungen und herrschende Klassen veranlassen könnte, die Frage zu stellen: Was nun?

Uns über die Antwort auf diese Frage den Kopf zu zerbrechen, ist nicht unsere Aufgabe. Es kann alsdann möglicherweise einer jener weltgeschichtlichen Momente eintreten, die der Entwicklung eines großen, zahlreichen und intelligenten Volkes, wie es das deutsche ist, neue Wege aufzwingen, mögen die herrschenden Klassen wollen oder nicht.

Für die Sozialdemokratie ist die Richtschnur gegeben; sie wird sich nicht, komme was wolle, von ihrem bisherigen Boden abdrängen oder verleiten lassen, ihr bedenklieh scheinende Wege zu betreten; sie hat keinen Grund, ihren Feinden gegenüber sich zu Unbesonnenheiten und gemüßigten Gewaltstreichern verleiten zu lassen. Stark in dem Bewußtsein, daß die ganze geschichtliche Entwicklung ihr in die Hände arbeitet, und sie durch die Macht der Gründe und die Gerechtigkeit und Selbstverständlichkeit ihrer Forderungen der Kristallisationskern für alle wird, die an einer neuen gesellschaftlichen Ordnung auf sozialistischer Grundlage interessiert sind, und das ist schließlich die sehr große Mehrheit, kann sie festen Fußes und heiteren Auges das Kommende erwarten.

Aus den Lehren unserer großen wissenschaftlichen Vorkämpfer schöpfen wir die Zuversicht, daß die geschichtliche Mission der modernen Arbeiterklasse, die das Produkt der kapitalistischen Produktionsweise ist, ihr die Zukunft sichert, die erst für alle Menschen das Leben lebenswert macht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Beitrag zum Versammlungsrecht.

Die Abhaltung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel ist immer mit Schwierigkeiten verknüpft, denn sie bedürfen nach dem Reichsvereinsgesetz der behördlichen Genehmigung. Zwar darf diese nur verweigert werden, wenn eine durch Tatsachen begründete „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ besteht, aber man weiß ja, daß, wenn es sich um sozialdemokratische Versammlungen handelt, eine preußische Polizeibehörde immer findig genug ist, die nötigen Tatsachen „festzustellen“. So verbot kürzlich der Amtsvorsteher Brennecke in Dahlewarleben (Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben) eine Versammlung unter freiem Himmel, weil die zu erwartenden Menschenmassen den Überbau eines auf dem Versammlungsgrundstück vorhandenen Brunnens beiseite schieben und hineinfallen könnten. Unseren Genossen wollte dies nicht einleuchten und sie suchten aufs neue die Genehmigung nach zu einer anderen Versammlung auf demselben Grundstück. Die Genehmigung wurde mit derselben Begründung wiederum verweigert; diese letzte Verweigerung der Genehmigung blieb insofern ohne Wirkung, als unsere Genossen die Versammlung in dem mit dem Grundstück verbundenen Lokal eröffneten und sie dann auf den Hof hinaus verlegten, wogegen auch ein Amtsvorsteher nichts einzuwenden vermag.

Besonders interessant ist aber die Begründung der Verweigerung des zweiten Genehmigungsgesuchs. Es heißt da:

„Ihr Gesuch . . . wird hierdurch wegen zu erwartender Ruhestörungen im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung gemäß § 7 des Reichsvereinsgesetzes verweigert.“

Da angenommen werden muß, daß eine außerordentlich große Anzahl von Personen zusammenkommt und der Hofraum nur klein ist, so ist zu befürchten, daß die Personen zu sehr zusammengedrängt werden, möglicherweise auch durch das eventuelle Gedränge das Brunnenhäuschen verschoben und Unglücksfälle vorkommen könnten.

Zu widerhandlungen gegen dieses Verbot hat die politische Aufsicht der Versammlung und nötigenfalls die Räumung des Versammlungsortes sowie die Einleitung des Strafverfahrens auf Grund der §§ 15 und 17 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zur Folge.“

Der Herr Amtsvorsteher bekundet durch dieses Dokument nicht nur eine eklatante Unkenntnis der Gesetze der deutschen Sprache („Ihr Gesuch“ — wird — ver-

*) Demnächst erscheint im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ die Schrift von Marx „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ in neuer Auflage. Nachstehende Ausführungen hat Bebel als Vorrede der berühmten Schrift vorausgeschickt.

„Jagt“ — **Zuwerhandlungen** — hat — zur Folge“), sondern auch der Vereinsgegebung. Nicht wegen „zu erwartender Ruhestörungen“ und nicht „im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung“, sondern nur wegen einer sich auf Tatsachen gründenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit läßt das Reichsvereinsgesetz eine Genehmigungsverfügung zu. Den § 7 dieses Gesetzes hat der Herr Amtsvorsteher also nicht genau studiert, ja noch mehr: ein Strafverfahren will er einleiten auf Grund des preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850, das längst außer Kraft getreten ist! — Gegen den Bescheid des Amtsvorstehers reichten unsere Genossen eine Beschwerde beim Landrat ein, worauf sie nunmehr vom Amtsvorsteher die Nachricht bekamen, daß er „laut Anordnung des Landrats“ seine Verfügung aufhebe, weil er „irrtümlicherweise auf das nicht mehr rechtsgültige Vereinsgesetz von 1850 Bezug genommen“ habe. Die Genehmigung zu der Versammlung nachträglich noch zu erteilen, sei er aber nicht in der Lage, da „nach wie vor die Gründe, die in der Abhaltung der Versammlung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegend erscheinen lassen, bestehen blieben.“

Es wäre ja auch bitter gewesen, wenn er zu allem anderen auch noch hätte anerkennen müssen, daß eigentlich überhaupt keine Ursache vorlag, die Genehmigung zu der Versammlung zu versagen.

Die Reichseinnahmen im Jahre 1910.

Nach der jetzt vorliegenden endgültigen Übersicht über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren im vorigen Rechnungsjahre ergibt sich gegenüber der gegen Ende April d. Js. veröffentlichten vorläufigen Berechnung eine Mehreinnahme von 22 Millionen Mark. Während damals die gesamten Einnahmen auf 1477,2 Millionen angegeben wurden, stellen sie sich jetzt auf 1499,2 Millionen Mark. Der Etatsanschlag beträgt 1441,5 Millionen, so daß das Rechnungsjahr einen Überschuf über die im Reichshaushaltsetat veranlagten Einnahmen von 57,7 Millionen Mark ergibt, während man bisher nur auf einen solchen von 35,7 Millionen Mark gerechnet hatte. Dieser Überschuf ist im wesentlichen auf die Mehreinnahmen aus den Zöllen, der Borsensteuer, dem Grundstücksübertragungssystem und der Erbschaftsteuer zurückzuführen, während der bei weitem größte Ausfall bei der Branntweinsteuer entstanden ist.

Die Zölle, deren Einnahmen sich noch um 4 Millionen Mk. höher gestellt haben, als im April angenommen war, haben 663,3 Millionen Mk. eingebracht und zeigen damit gegenüber dem Voranschlag von 631,9 Millionen Mk. einen Überschuf von 31,4 Millionen Mk. Der Grundstücksübertragungssystem, dessen Ertrag sich im Definitivum auch noch um 1,5 Millionen Mark erhöht hat, ergibt mit einer Einnahme von 44,3 Millionen Mk. gegenüber dem Etatsanschlag eine Mehreinnahme von nicht weniger als 18,8 Millionen Mk. Fast genau so groß ist der Überschuf der Borsensteuer, die einschließlich der Salonsteuer 81,2 Millionen Mk. ergeben hat gegen 52,5 Millionen im Etatsanschlag. Dazu tritt als vierte Einnahmequelle mit erheblichem Überschuf die Erbschaftsteuer, die 42,7 Millionen Mk. eingebracht hat gegen 34,0 im Voranschlag, also 8,7 Millionen Mk. mehr. Aus diesen vier Einnahmequellen ergibt sich also ein Überschuf gegenüber dem Etatsanschlag von 77,4 Millionen Mk. Der Lotteriestempel, der gegenüber vorläufiger Aprilberechnung eine Steigerung um nahezu 9 Millionen Mk. zeigt, übertrifft damit den Etatsanschlag um 4,8 Millionen Mk. Überschüsse weisen ferner auf die Zuckersteuer um 3,8 Millionen Mk., der Personenfahrkartentempel um 2,8, die Salzsteuer um 2,2, der Frachtkundenstempel um 1,6, der Lantienstempel um 1,5, die Brausteuer, deren Einnahme sich im Definitivum um 2,2 Millionen Mk. erhöht hat, um 0,9, der Automobilstempel um 0,9, die Zigarettensteuer um 0,6, die staatliche Gebühr um 0,3 und die Essigsäureverbrauchsabgabe um 0,1 Millionen Mk. Unter den Einnahmequellen, die den Etatsanschlag nicht erreicht haben, steht, wie bemerkt, obenan die Branntweinverbrauchsabgabe, die, trotzdem sie noch 2 Millionen Mk. mehr ergeben hat, als im April angenommen, mit 154,9 Millionen Mk. einen Ausfall von 25,1 Millionen Mk. zeigt. Den zweitgrößten Ausfall hat die Leuchtstoffsteuer, die nur 9,9 Millionen Mk. erbracht hat gegen 15,0 Millionen Mk. im Etatsanschlag, also 5,1 Millionen Mk. zu wenig. Dann folgt der Schaumweinsteuer, dessen Einnahme nur 3,6 Millionen Mk. beträgt gegen 7,4 Millionen Mark im Voranschlag, so daß noch nicht die Hälfte der etatsmäßigen Einnahme erzielt ist. Auch die Tabaksteuer hat einen wesentlichen Ausfall von 2,7 Millionen Mark mit 11,7 Millionen gegen 14,4 im Voranschlag. Die Einnahmen der Zündwarensteuer bleiben um 1,4, die der Weichselstempelsteuer um 1,3 und die der Schaumweinsteuer um 0,7 Millionen Mark hinter dem Etatsanschlag zurück. Zündwarensteuer und Schaumweinsteuer haben noch weniger (erstere um 0,4, letztere um 0,3 Millionen Mark) ergeben, als im April angenommen worden war.

Die offizielle Presse feiert das günstige Finanzergebnis natürlich mit übermäßigem Lob für die Schöpfer der „Finanzreform“. Die Kreisläufe der Medaille, die in anhaltender steigender Feuerung, in einer empfindlichen Schädigung all jener Geschäfte, die von den neuen Steuern berührt werden, in Arbeitslosigkeit und ruinösen Produktionsstörungen besteht, die wird wohlweislich nicht aufgezeigt.

Anarchistenkongreß.

Ein — vermutlich polizeilicher — Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ weiß aus Düsseldorf zu berichten: „Während der Pfingsttage wurde in Düsseldorf der Jahreskongreß der Anarchistenföderation Deutschlands abgehalten. Es waren hierzu aus 20 Orten 41 Delegierte erschienen, darunter 5 aus Berlin. Zu den teils öffentlichen, teils geheimen Zusammenkünften wurden Referate gehalten, u. a. von Cahu (Berlin) über

den sozialen Generalkrieg sowie von Paul Nicolaus (Berlin) über die Stellung der Anarchisten zu den nächsten Reichstagswahlen. Unter Hinweis auf die grundsätzliche Gegnerschaft zum Parlamentarismus wurde strikte Stimmenthaltung empfohlen. Als Hauptaufgabe der Föderationen wurde die Proklamierung des Antimilitarismus und die Einleitung einer anarchistischen Jugendbewegung angesehen. In Deutschland bestehen z. B. zwei anarchistische Föderationen mit dem Sitz in Berlin und in Krefeld. Die Verschmelzung beider wurde abgelehnt. Sitz der geschäftsführenden Kommission der anarchistischen Föderationen bleibt Berlin; zu ihrem Leiter wurde Paul Nicolaus-Berlin gewählt. Eine geheime Besprechung in einem besonderen Lokal wurde, als die Polizei erschien, kurzerhand abgebrochen.“

Die Zentrums-Agrarier wollen keine Arbeiter-Kandidaturen.

Wie wir der „Münchener Post“ entnehmen, haben die Vertrauensmänner der Zentrumsparlei im 4. oberpfälzischen Reichstagswahlkreise Cham-Neunburg v. W. den Amtsgerichtssekretär Vogel nach drei Wahlgängen mit 139 gegen 134 Stimmen als Reichstags-Kandidaten aufgestellt, während auf den bisherigen Abgeordneten Schirmer 134 Stimmen entfielen.

Die christlichen Arbeiter haben bekanntlich gedroht, daß für diesen Fall trotzdem die Kandidatur Schirmer gegen den offiziellen Zentrums-Kandidaten aufgestellt werden solle. Daß sie dazu den Mut aufbringen werden, ist füglich zu bezweifeln. Sie werden wiederum in das kandidische Loch kriechen, trotzdem sie überzeugt sind, daß die Zentrumsarbeiter berechtigten Anspruch auf energischer Vertretung ihrer Interessen in der Zentrumsfraktion haben. Sie müßten umso mehr auf ihrem angeblichen Recht bestehen, da es sich in Bayern um eine offensichtlich ausgesprochene arbeiterfeindliche Politik des Zentrums handelt. Der nächste Reichstag soll neue Zollerhöhungen beschließen, neue Zölle auf Gemüse und Milch einführen und deshalb will das Zentrum so wenig Arbeiter-Kandidaten wie möglich. Die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ begründete die Ablehnung der Arbeiter-Kandidaturen am 30. April d. Js. wie folgt:

„Gefügt den Fall, ein solcher Kandidat würde gewählt, so wäre immerhin die Stellung eines solchen Abgeordneten eine heikle und sein Einfluß auf die Gesetzgebung höchst zweifelhaft. Gewählt von bäuerlichen Wählern, müßte er doch Interessen seines bäuerlichen Wahlkreises vertreten. Wie sieht es nun, wenn er von der Landwirtschaft und ihren Schwierigkeiten nichts versteht? Vertritt er die Interessen der Arbeiter, so vertritt er vielleicht nicht die Interessen seiner Wähler und es ist höchst fraglich, ob das Wort eines solchen Abgeordneten im Munde des Reichstags wirklich etwas gelten würde. Raum!“

Diese Ausführungen sind ein glattes Eingeständnis, daß die Zentrums politik eine agrarische, arbeiterfeindliche sein soll. Der Einwand, daß ein Arbeiterkandidat vielleicht nichts von der Landwirtschaft und ihren Schwierigkeiten verstehe, ist völlig hinfällig. Die christlichen Arbeitervertreter reproduzieren getreulich das in Versammlungen und in der christlichen Gewerkschaftspressen, was ihnen von München-Grabbach aus über die Segnungen der deutschen Agrarpolitik eingetrichtert wird. Damit hätte es also keine Gefahr. Aber das Zentrum fürchtet, daß bei den kommenden neuen Belastungen für die Lebenshaltung der breiten Massen es doch wieder hie und da ein sog. Arbeiterabgeordneter in der Zentrumsfraktion wagen würde, gegen den Stachel zu lösen und um das zu verhüten, soll es ebenso wenig wie möglich Arbeiterkandidaturen geben.

Die neue Partei.

Zu der Gründung der elsäß-lothringischen Nationalpartei wird der Zentrums-„Germania“ aus Straßburg geschrieben, hinter Wetterle ständen namhafte Politiker, wie Blumenthal, Preis und fast der ganze Lothringer Block. Man habe es nicht für notwendig gehalten, den 11. Juni abzuwarten, um die Stellung der elsäß-lothringischen Zentrumsmehrheit zu berücksichtigen. Keiner der Beteiligten hätte auch nur einen Augenblick darüber im Unklaren sein können, daß die sehnlichst verlangte Verfassung auf den ersten Schlag nicht alle Wünsche befriedigen würde. Deshalb hätten alle alten Parteien schon am Tage nach der gewählten „Abstimmungsabgabe“ zu verstehen gegeben, daß sie auch in Zukunft den Kampf um die volle Autonomie zu ihren vornehmsten Aufgaben rechneten. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, sei die neue Partei höchst überflüssig. „Handelt es sich nur um ein Wahlabkommen, um eine gemeinsame Aktion gegen den Großblock, so müßte diese Tendenz klarer zum Ausdruck kommen. Unter dem Aufschwung stehen auch zwei Namen von Mitgliedern der elsäß-lothringischen Zentrumsparlei. Von diesen hätte man zum mindesten erwarten dürfen, daß sie die Delegiertentagung am 11. Juni abgewartet hätten. Denn ein solches Vorgehen kann nur Verwirrung in den eigenen Reihen hervorrufen.“ Die schlechtesten Geschäfte müßte dabei das Zentrum machen. Der Nationalpartei gehörten Leute an, die, wenn sie gewählt werden wollten, nur mit Hilfe des Zentrums einen Sieg erringen könnten. Es sei so gut wie ausgeschlossen, daß die Liberalen, Demokraten, Sozialisten durch die neue Partei geschädigt würden. Im Elsaß werde das Zentrum als solches von der Nationalpartei keine nennenswerte Unterstützung erhalten; in Lothringen, wo man in den früheren Jahren in wenig diplomatischer Weise gegen den Block vorgegangen sei, könne ein Zusammengehen des Zentrums mit dem Block gegen die Regierungspartei von Erfolg sein; aber dazu wäre eine neue Partei nicht nötig gewesen. Der Delegiertentag des Zentrums werde Klarheit schaffen; vielleicht vernehme man bis dann auch, ob die neue Partei allen Ernstes auf eine Auflösung der alten Parteien rechne.

Der kurze Sinn der langen Ausführungen ist, daß die Gründung der elsäß-lothringischen Nationalpartei dem Reichszentrum herzlich uneben ist und daß es, obgleich es sich bemüht, den Wert und die Bedeutung der Neugründung abzuschwächen, unliebame Überraschungen fürchtet.

Rußland.

Die Lungenschwinducht in den russischen Gefängnissen. Zu den fürchterlichsten Geißeln der russischen Kerker gehört die Lungenschwinducht, die jährlich Tausende von Opfern fordert und das Leben und die Gesund-

heit der übrigen Gefangenen bedroht. Die ungeheure Überfüllung der Gefängnisse, der Mangel jeglicher sanitären Maßregeln, das Hungerleben der Gefangenen, die Exekutionen und Massenprügelungen bilden den Boden, auf welchem die Schwindsucht gedeiht. In welchem Umfange sie grassiert, ist aus der folgenden Zeitungsmeldung ersichtlich: „Jekaterinoslaw: Nach den Angaben der städtischen Sanitätskommission erkranken jährlich im Gefängnisse ebensowiel Personen an der Lungenschwinducht, wie in der ganzen Stadt. Die Lungenkranken sind nicht isoliert“. Diese Meldung ist typisch für sämtliche Gefängnisse in Rußland, wo die Schwindsucht als Ergänzung der Todesstrafe gilt. Die Hauptgefängnisverwaltung hat nun endlich diese fürchterliche Epidemie „entdeckt“. Der Chef dieser Behörde, Herr Ehrlich, hat die Gouverneure ersucht, die Gefangenen behufs Feststellung der Lungenschwindichtigen viermal jährlich von den Gefängnisärzten auf ihren Gesundheitszustand untersuchen zu lassen. Der Chef der Hauptgefängnisverwaltung weiß also gar nicht, daß die Gefängnisärzte von amtswegen diese Untersuchungen selbständig hätten vornehmen müssen. Er ordnet dies als eine außerordentliche Maßnahme an — ein Beweis, wie die Gefangenen bisher behandelt worden sind. Außer dieser Anordnung ist zur Heilung der Kranken keine Maßregel getroffen worden. Es wurden bloß in alle Gefängnisse „Anweisungen für die Gefangenen“ verfaßt, „wie sich vor der Ansteckung der Lungenschwinducht zu hüten“. Diese Anweisungen haben etwa denselben Wert, wie eine Vorschrift für Verstorbene, wie sich im Grabe vor Erkältung zu schützen. Täglich nimmt die Zahl der Schwerverkrankten zu; täglich sterben Hunderte von Gefangenen an dieser Seuche, während Tausende elend hinfieren; die Zarenregierung rührt aber keinen Finger, um diesen Greueln Einhalt zu gebieten.

Belgien.

Vom Kulturkampf. Nachgerade sind die klerikale Regierung und ihre Kammermajorität doch etwas weniger zuversichtlich geworden hinsichtlich des Durchdrückens ihres Schulgesetzes. Es wird jetzt, wie der „Voss. Zig.“ aus Brüssel berichtet wird, angenommen, daß die Klerikalen einer Auflösung der Kammer nicht abgeneigt sind, da sie die Neuwahlen, die innerhalb 40 Tagen stattfinden müssen, auf Grund des alten Regimes vornehmen wollen, das heißt ohne Rücksicht auf die Ergebnisse der Volkszählung, die am 1. Januar 1911 stattgefunden hat, deren Ergebnisse bis zum heutigen Tage aber noch nicht veröffentlicht worden sind. Im andern Falle würden die Klerikalen zweifelsohne schlecht abscheiden; denn die Ergebnisse der Volkszählung machen eine Vermehrung der Kammerseite um zwanzig notwendig. Die Opposition ist mit der Kammerauflösung durchaus nicht einverstanden, sondern verlangt, daß die Neuwahlen erst im Jahre 1912 auf Grund der neuen Volkszählung stattfinden sollen. Die Klerikalen werden sich aber darum nicht kümmern; denn sie haben im Augenblicke der Opposition gegenüber noch einen weiteren Vorsprung. Die christlichen Demokraten haben nämlich durch ihren Führer erklären lassen, daß sie mit den Grundfragen des Schulgesetzes einverstanden sind und daß sie den Versuch machen wollen, den Entwurf mit den Klerikalen in ihrem Sinne abzuändern. Wenn die christlichen Demokraten im Falle der Kammerauflösung kein Bündnis mit der Opposition abschließen würden, ist die Gefahr vorhanden, daß die Liberalen und Sozialisten in Flandern drei Kammerseite verlieren würden. Man sieht also, daß die Lage überaus verworren ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 8. Juni.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübeds befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Auslande. Zugang nach Lübed ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! über die Werkstellen Gargus Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Der mit den hiesigen Liberalen verbündete Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sendet andauernd von Hamburg aus nach Lübed seine Schlammspriger in Gestalt von Broschüren und Flugschriften, die an dem Arbeiterstand angehörende Leute adressiert sind. So erhielt dieser Tage hiesige Einwohner eine „Vom sozialdemokratischen Zukunftsstaate“ betitelte Schrift, in der allerlei konfusere Zeug zusammenphantasiert wird, um zum Schluß zum Kampf gegen die Sozialdemokratie und für die jegliche „bewährte staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ aufzufordern, „die im großen und ganzen jedem Menschen in heute dasjenige Maß an Behagen gewährt, das seiner Menschenwürde entspricht.“ Wenn man bedenkt, daß alljährlich viele Tausende von Menschen des Hungers sterben, obdachlos sind und durch Unterernährung sich und krank werden, so ist damit schon bewiesen, daß diese Reichsverbandsschrift nur eine Verhöhnung der Armut und der um ihre Existenz schwer ringenden Arbeiterschaft darstellt. Dieser sechzehnjährigen Broschüre waren gleich drei Flugblätter beigelegt: „Der sozialdemokratische Parteitag von 1910“, „Das wahre Gesicht“ mit dem originellen Schluß „Kein braver Deutscher läßt seinen Kaiser im Stich“ und „Der Wert der Arbeitseinstellungen“. In dem letzteren wird in „bewährter“ Reichsverbandsmantel nachzuweisen versucht, daß selbst ein gewonnener Streik den Arbeitern wenig nützt, ihnen aber einen „großen moralischen Verlust“ zufügt, denn „Müßiggang ist aller Laster Anfang“. Es ist ein menschliches Gesetz, daß eine geordnete Tätigkeit den günstigsten Einfluß auf den Verdegang eines jeden Menschen ausübt“. Wenn diese Weisheit des Reichsverbandes Flugblattes richtig ist, dann ist ja die sehr geringe moralische Qualität des Reichsverbandes sehr erklärlich, denn gerade in seinen Reihen sind die reichen Müßiggänger, die keine geordnete Tätigkeit haben, sehr stark vertreten. Oder gilt die Lehre, daß Müßiggang aller Laster Anfang ist, nur für Arbeiter? Wenn man derartige Flugblätter und Schriften liest, so erinnert man sich unwillkürlich daran, daß im April 1907 der Liberale Graf Bothmer in Graz den Reichsverband eine Sumpfpflanze nannte, die nur von Verleumdungen gegen die sozialdemokratischen Führer lebe. Die Reichsverbändler seien garnicht in der Lage, die Sozialdemokratie

Waffen eine Menschenmenge von 500 bis 600 Personen angelammelt, die von den Arbeitswilligen mit Steinen und Bierflaschen bombardiert wurde. Einer der Arbeitswilligen hatte vorher in der Kaiserstraße mit einem Revolver auf eine Frau geschossen, aber nicht getroffen. Als die Polizei auf dem Kampflage erschien, wurde sie ebenfalls ohne weiteres von den Arbeitswilligen mit Steinen empfangen. Die Schulleute machten von ihrer Waffe Gebrauch. Der Nachwacheergeant Hahn erhielt Steinwürfe gegen den Kopf, das Schienbein und die Brust, ein Mann erlitt durch Säbelhiebe Verletzungen und mußte von dem Polizeiarzt verbunden werden. Sieben Personen, die sich am Steine- und Flaschenwerfen beteiligten, gerieten in Haft. Die Angelegenheit wird jedenfalls vor der Strafkammer in Altona zur Entscheidung kommen. Am zweiten Pfingsttage wurden zwei Arbeitswilligen, die Schießübungen auf der Krickau abhielten, die Revolver abgenommen. Der eine blieb in Haft, weil er sich seit drei Jahren den Militärbehörden nicht gestellt hat. Für diese Kommissar verlangten die Scharfmacher einen erhöhten gesetzlichen Schutz!

Grevesmühlen. Beim Baden ertrunken ist am Sonntagabend der Zimmermann Bull aus Degetow. D. dient zurzeit als Artillerist in Schwerin und war zum Pfingstfest auf Urlaub nach hier gekommen, um seine Verwandten zu besuchen. Bull sprang vom Sprungbrett ins Wasser und ging sofort unter. Sein Schwager, der weiter in den See hineingeschwommen war und das Untertinken des Bull sofort gewahrte, konnte nicht schnell genug zur Rettung herankommen. Die Leiche wurde erst nach einer Stunde gefunden.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 7. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 — Mt., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mt., Hasen — Mt., Enten 0,00—0,00 Mt. Hühner 2,00—3,00 Mt., Ritten Stück 1,00 Mt., Tauben Stück 0,55—0,70 Pf., Gänse Stück — Mt., Fildgans — Mt., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mt., Schweinstopf Pfd. 55—60 Pf., Wurst Pfd. 1,20 —, Eier 8 u. 9 Stück 60 Pf., Heringe St. — Pf., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen — 0,00 Mt., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mt. Schleie Pfd. 1,20 Mt., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 70—80 Pf., Kal Pfd. 0,00—1,00 Mt. Karautischen Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0,80—0,40 Mt., Kohl 100 Pfd. — Mt., Gurken, 100 Pfd. — Mt., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mt., Kefel verschiedene pr. 100 Pfd. — Mt., Pflaumen, pr. 100 Pfd. Mt., Kirschen Pfd. 45—60 Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50—70 Pf., Mand Pfd. — Pf.

Getreidepreise. Lübeck, 7. Juni.

Weizen, 125—130 Pfd. holl. 192—200 Mt. Roggen 115—122 Pfd., holl. 160—170. Gerste, nach Qualität 160—170 Mt. Saker, nach Qualität, 165—175 Mt. hochfein über Netz, per 1000 Kilo.

Hamburger Fleischmarkt vom 7. Juni.

Auftrieb 2700 Schweine. Markt lebhaft geräumt. Aberhand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 52,— bis 58,00 (41,50 bis 42,50 Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 52,— bis 58,00 (41,50 bis 42,50 Mt.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 53,50 bis 54,00 (41,50 bis 42,— Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 58,— bis 54,50 (41,50 bis 42,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 53,00 (38,00 bis 40,00 Mt.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 46,— bis 48,00 (37,00 bis 38,50) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 20 Proz., 40,— bis 45,— (31,— bis 35,00) Mt.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 7. Juni.

1. Klasse 500 Drittel zu 107,65 Mt. im Durchschnitt.

2. Klasse 43 98,00 Mt.

Unverkauft blieben 14 Tonnen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellina, Verleger: L. H. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Ein schneller Tod entriß uns gestern morgen 10 1/2 Uhr unsere innigst geliebte Tochter **Paula** im zarten Alter von 1/2 Jahr. Auf's tiefste betrauert von allen, die ihr nahe standen.

Karl Colberg u. Frau.

Für erwiesene herzliche Teilnahme u. reiche Kranzspenden beim Begräbnis meiner lieben Frau lagen allen Beteiligten, insbesondere Herrn Pastor Legtmeyer, sowie dem Arbeiter-Radfahrerverein innigsten Dank.

Heinrich Höpner u. Familie.

Fortzugshalber sofort oder zum 1. Juli freundliche Zwei-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Preis 175 Mt. Vorbeckstraße 12.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohlm. Markt 4 10 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Leberhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25
Überziehhosen . . . 1.08—2.35
Zwirnhosen . . . 1.68—3.25

feinere Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kassen, Hemden, Schlachterjacken, Kriseurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mt. Rote Lubecam.

Troposana

Pflanzenbutter-Margarine die **Butter** des Pflanzenreiches aus allerfeinsten, keimfreien Pflanzenstoffen. Infolge eines günstigen Abschlusses bis auf weiteres **nur 72 Pfg. das Pfund.** Ganz frisch zu haben bei: **F. Eisermann, Lübeck, Gneisenastraße 6.**

Sozialdemokratisch. Verein

Die letzte Mitgliederversammlung hat beschlossen, die Zahl der Woten von 8 auf 12 zu vermehren. Es sind also vier neue Wotenstellen zu besetzen. Parteimitglieder, die darauf reflektieren, haben ihre Bewerbung schriftlich bis zum 18. d. M. an das Parteisekretariat, Johannisstraße 50, einzureichen.

Der Vorstand.

Zunächst Mädchen, 20 Jahre, sucht zum 1. August Stellung als Verkäuferin, am liebsten Lebensmittelbranche. Ang. u. S 20 a. d. Exp.

Büchlein zu verkaufen bei ger. Anz. die Wohnbude Engelsgrube 31 b (Sieners Torweg). Näheres **Wihl. Marks, Rodestraße 49 b.**

Ein brauner Kachelofen u. eine Herdplatte zu verkaufen Etavenstraße 43.

Zwei niedliche Maifaken zu verchenken. Schüsselbuden 3.

Für angef. Damenhaar zahlt höchste Preise **Ed. Rieck, Kackeb. Allee 46 c.**

Feinste gelbfärbende **Magn. bonum** 100 Pfd. 3.25 Mt. 10 Pfd. 35 Pf.

Johannes Müller Hartengrube 21.

Möllers billige Fleischquelle 22 Finkenhausen 22.

Schweinefleisch Pfd. 60 Pf. Karbonade Pfd. 80 Pf.

Blaue und gelbe Kartoffeln billig zu verkaufen Schwartauer Allee 131.

Prima 6 Wochen alte Ferkel zu verkaufen. **H. Rathje** Moislinger Mühle.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Freitag, 9. Juni abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Innere-Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Gasthof Al.-Mühlen. Am Sonntag, dem 25. Juni: **Großes Ringreiten** wozu freundlichst einladen **Die Reiter. B. Stadt.**

Arbeiter-Radfahr.-Verein Schönberg und Umgeg. feiert am Sonntag, dem 11. Juni, sein **Sommerfest** verbunden mit Korfahrt, Konzert und Ball. Anfang der Korfahrt 4 Uhr. Hierzu werden alle umliegenden Bundesvereine freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Gesangverein „Harmonia“ Rensefeld. Einladung zum **Sommervergnügen** bestehend in Herren- und Damen-Preisschießen mit nachfolgend. Ball am Sonntag, 11. d. S., im neuereingeweihten Saale der **W. W. Stadt, Rensefeld.** Anfang des Preisschießens nachmittags 2 Uhr, des Balles 7 Uhr. Nichtmitglieder können sich am Preisschießen beteiligen. Hierzu ladet freundlichst ein **Das Fest-Komitee.**

Stadthallen-theater. Freitag 8 Uhr. 16. Ab.-Vorst. **Gastspiel Fri. Wanda Wilden-Vielhaack v. Stadttheater Halle.** **Hedda Gabler.** Schauspiel in 4 Akten v. H. Ibsen. Hedda Wanda Wilden-Vielhaack. Sonnabend: Jeder Platz 50 Pf. **Komtesse Guckerl.** Sonntag: Große Doppel-Vorstellung.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

- Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
- Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
- Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Dirichlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
- Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Zabel. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
- Heft 5. Alkoholgegenstande und Arbeiterklasse. Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitaatsbeschlusses betr. Schnapsbott.
- Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Vichleins.
- Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.
- Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
- Heft 9. Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.
- Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.
- Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. J. Zabel. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)
- Heft 12. Vom medizinischen Uberglauben. Dr. E. Thojung. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.
- Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
- Heft 14. Verhütung und Heilung des Stoffersns. Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.
- Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. Allen Eltern warm empfohlen.
- Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kewald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.
- Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.
- Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.
- Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Kanter-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zabel. Berlin.
- Heft 20. Die Proletariatskrankheit. Von Dr. J. Zabel.
- Heft 21. Atemgymnastik. Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen.
- Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.
- Heft 23. Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen? Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.
- Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46. Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.

Der Geist der Unzufriedenheit in Bildern, Löhern und Versen

Von **C. Brandt** • Preis Mt. 2,50

Diese aktuelle politische Satyre in Bild und Wort wird allen „Freunden unserer Polizei“ viel Vergnügen bereiten. Es ist ein ganz eigenartiges Werk, das überall großes Aufsehen erregen muß.

Zu beziehen durch: **Friedr. Meyer & Co.**



Deutscher Holzarbeiterverband Zahlstelle Lübeck.

Ausflug mit Musik nach Reinfeld i. Holst. (Forsthaus) am Sonntag, dem 18. Juni 1911. Abfahrt mittags 12.50 Uhr. Rückfahrt abends 11.04 Uhr. Herrenkarte 50 Pf., Damen frei. **Das Komitee.**

„Auflösung“ des Oeltruffs.

Aus Newyork wird uns geschrieben:
 Ein prächtiger Aufstieg gegen die Trustmagnaten ist der amerikanischen Regierung gelungen. Das Bundes-Obergericht hat die Standard Oil Comp., wesentlich in Befähigung zweier vorinstanzlicher Entscheidungen, als eine „Verschwörung zur Beschränkung des freien Handels“ und als eine monopolistische Unternehmung im Sinne des Sherman-Gesetzes „erkannt“ und demgemäß die „Auflösung“ dieser fünf Erdteile umspannenden kapitalistischen Organisation verfügt. Und sofort, nachdem dem Rockefeller'schen Welt-Trust das Urteil gesprochen, krakelten die Notierungen „Standard Oils“ und der von dem Oelmonarchen „kontrollierten“ Trusts im Tabak-, Zucker-, Stahlgeschäft usw. lustig in die Höhe, und das offenbar mit gutem Grunde. Die Dollarkursen ließen sich durch die zollhohen Buchstaben, womit die Newyorker Blätter den „Sieg des Volkes“ ausriefen, nicht imponieren, denn sie erkannten sofort, daß die jegliche höchste Gerichtsentcheidung tatsächlich einen gewichtigen Sieg der Trustwirtschaft bedeutet. Durch das Urteil der neun Weisen in Washington wird dem Oeltrust nur die leichte Unbequemlichkeit auferlegt, eine andere juristische Form für die Ausplünderung der überbrauchenden Menschheit zu finden; in der viel wichtigeren Frage der allgemeinen Auslegung des Sherman-Gesetzes, auf Grund dessen die Entscheidung ergangen ist, haben die Trusts aber jetzt von der Rechtsprechung erlangt, was sie von der Gesetzgebung nicht bekommen konnten, nämlich die Beschränkung des Trust- und Monopolverbots auf die „unrationalen“, das heißt das Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl verletzenden Korporationen und die ausdrückliche Sanktionierung der „rationalen“ Trusts. Der wesentliche Inhalt der 30 Druckseiten umfassenden Entscheidung ist in folgenden Sätzen zu finden: „Das Obergericht hat festgestellt, daß sieben individuelle Angeklagte — John D. Rockefeller, William Rockefeller, Henry H. Rogers, Henry M. Flagler, John D. Archbold, Oliver S. Paine und Charles W. Pratt — sich in der Standard Oil Comp. zu einer Verbindung zwecks Beschränkung des freien Handels vereinigt und daß die Angeklagten sich verschworen haben, mit den Mitteln dieser Verbindung den Versuch der Monopolisierung eines substantiellen Teiles des Handels zwischen den Staaten und den Territorien der Union und mit fremden Nationen zu machen, daß sie diesen Teil des Handels tatsächlich monopolisiert haben und fortfahren, ihn zu monopolisieren, in Verletzung des Paragraphen 2 des Anti-Trust-Gesetzes. Das Gericht findet ferner, daß die Standard Oil Comp. und ihre Mitangeklagten in unvernünftiger und unbilliger Weise, daher auch ungesetzlicher Weise die Produktion beschränkt und die Preise diktiert haben. Das Gericht verfügt daher, daß die Standard Oil Comp. innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten aufgelöst werden muß, aber es nimmt den Aktionären der ihr angeschlossenen Korporationen nicht das Recht, nach Auflösung der Verbindung normale und gesetzliche Verträge oder Abkommen untereinander abzuschließen.“ Den freundlichen Wink, den die Oberbundesweisen dem Oeltrust mit dem zuletzt angeführten Passus erteilen, werden die Rechtsgelahrten Rockefeller's sich zunutze zu machen haben, und man kann sich darauf verlassen, daß nächstens aus der Nische der „unrationalen“ Standard Oil Comp. eine wasserdicht

„rationaler“ Standard Oil Association oder dergleichen hervorgehen und in sechs Monaten alles „all right“ sein wird. Die neue Verbindung wird dann zweifellos als ein „rationaler“ Trust klassifiziert werden, denn was hat sie dann auch noch gemein mit der alten Standard Oil Comp.? Diese freilich mußte mit ihrem langen vor Gericht aufgestellten Register unlauterer und verbrecherischer Praktiken als „unrational“ verdammt werden, aber solche Praktiken kann der Oeltrust schließlich heute entbehren, so gut wie der Fleisch-, der Zucker-, der Schmelz- und Anthracitkohlen-Trust und ein Duzend anderer monopolistischer Gesellschaften, deren Geschichte im Grunde dieselbe ist, wie die des Rockefeller'schen Räuber- und Erpressertrustes, „in Öl“. Und die „rationalen“ Trusts und Monopole, das heißt offenbar solche großkapitalistischen Unternehmungen, die es lediglich dank des natürlichen Übergewichts der Kapital-Konzentration dahin bringen, die „freie Konkurrenz“ auf ihrem Felde totzuschlagen, sind ja mit der jetzigen Entscheidung ausdrücklich erlaubt. Ein Wunder, daß die Börse und die Trustblätter jubeln. Der demagogische Unsinn des Sherman-Gesetzes, das eine naturgemäße und unvermeidliche Entwicklung des Geschäfts- und Wirtschaftslebens einer großen Nation mit Hilfe einiger schematischer Begriffe zu „verbieten“ unternahm, ist jetzt unschädlich gemacht, und zugleich hat dieses Gesetz wieder einmal seinen Beruf erfüllt, dem in instinktivem Grimm gegen die Kapitalismächte entbrannten amerikanischen Volke Sand in die Augen zu streuen. Nur im Bundesparlament erhebt sich einiges Murren. Von der Unterscheidung zwischen „rationalen“ und „unrationalen“ Trusts und Monopolen steht nichts im Gesetz, und der Kongreß hat sogar eine dahingehende Amendierung der Sherman-Akte wiederholt direkt abgelehnt. Aber die guten und echten Amerikaner haben ja die Ursprungung gesetzgeberischer Funktionen durch die Justiz bisher noch immer als tiefverehrteste amerikanische Eigenart verteidigt und werden sich wohl auch diesmal mit der in einer Nische des Kapitols thronenden neuneinigen Allmacht abfinden, die jetzt, nachdem sie sich bisher damit begnügte, Gesetze als verfassungswidrig beiseite zu werfen, damit anfängt, Gesetze auch zu amendieren, wenn es das Interesse reicher Leute verlangt.

Zum Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Der Streik erstreckt sich nunmehr auf die fünfte Woche. Mit derselben Entschlossenheit wie am ersten Tage des Streiks stehen die Arbeiter in ihrem Kampfe. Die Unternehmer haben in der vergangenen Woche mit den verschiedensten Mitteln versucht, diese Entschlossenheit zu brechen. Zu diesem Zwecke wurde ein großes „Aufklärungs“-Inserat, welches in allen bürgerlichen Zeitungen des Reviers erschienen ist, von dem Braunkohlen-Industrieverein losgelassen. Das Inserat hat seinen Zweck verfehlt. In zwei sehr stark besuchten Volksversammlungen hat die Bürgerschaft ihr Urteil über die Unternehmer abgegeben. Dasselbe lautet: Die Unternehmer sind die Schuldigen, daß der Kampf entbrannt ist. Weiter hat das Unternehmertum versucht, das Revier mit Fremden zu überschwemmen. Die Gruben „Heureka“, „Bismarck“, „Voh“ und „Gottlob“ haben ihre Agenten in alle Welt entsandt. Mit den verwegenen und verlogenen Mitteln wird versucht, Leute zu betören. Ein Agent der

Grube „Gottlob“ verspricht im Schichtlohn einen Lohn von 5,60 Mk., im Bedinge einen solchen von 8 bis 9 Mk. Selbstverständlich denken die Unternehmer erst garnicht daran, einen solchen Lohn zu zahlen. Der Zweck ist, Arbeiter aus ihren bisherigen Arbeitstätten herauszulockern. Hat man sie im Streikrevier, dann sind sie mittellos und nicht mehr im Besitz ihrer Papiere. Es wäre wahrhaftig an der Zeit, daß die Behörde gegen diese Schwindelkünde einmal energische Maßnahmen ergreife. Wie stark das Beschwindeln der Leute betrieben wird, geht aus nachfolgendem hervor. Die Grube „Bismarck“ bei Pterseidorf erhielt am 1. Juni einen Transport von 45 Personen. Diese waren in Hamburg angeworben. Zum größten Teil hatten die Leute dort in Arbeit gekauften. Ein Agent hatte sie beschwündelt. Hierüber und über den Empfang am Bahnhof in Meuselwitz schreibt ein bürgerliches Blatt, der „Vote von der Schnauder“:

Der größte Teil der vor dem Bahnhof Anwesenden begab sich auf den Viehwegen vor die für die engagierten neuen Arbeitskräfte vorgesehenen Unterfunkräume, wo nach kurzer Zeit auch die Wagen eintrafen. Nun bot sich den zahlreich Umstehenden ein wahrhaft rührendes Bild. Kaum hatten die Wagen auf Werkgebiet gehalten, da sprangen etwa 15 Mann herab und eilten — einer weinend — unter den Ruf: „Wir sind betrogen!“ der Straße zu. Nach ihrer Aussage waren die Leute in Hamburg von Agenten für einen Bahnbau engagiert worden. Die Begrüßung seitens der Ausländigen war natürlich eine freudige. Als einer der Ankömmlinge den Tagebau erblickte, rief er: „Da hinein komme ich nicht mit!“ und schnell eilte er seinen Kameraden nach. Andere folgten. So hatte zwei Stunden später ein großer Teil des Transportes wieder den Ort verlassen, wohin man ihn unter so starker polizeilicher Bedeckung — es mochten ebensovieler Gendarmen wie Wagenwachen sein — gebracht hatte. — Anmerkend muß hervorgehoben werden, daß die Ausländigen sowohl vor dem Bahnhof als auch vor dem Werke nicht nur Ruhe und Ordnung hielten, sondern auch selbst dafür sorgten.

Auch vom „Neufeldwitzer Tageblatt“, das sich sehr gerne in Scharfmacherei betätigt, wird anerkannt, daß die Streikenden sich munterhaft verhalten haben.

Die Grubenbesitzer scheinen aber Vorstellungen beim Großherzoglich Sächsischen Ministerium gemacht zu haben. Es ist ihnen anscheinend schwer auf die Nieren gefallen, daß mit wenigen Ausnahmen die geworbenen Leute, nachdem sie mußten, daß sie als Streikbrecher verhandelt werden sollten, wieder abgereist sind. Von Grube „Heureka“ wird erzählt, daß diese die 41000 Mk., welche die Aktionäre zur Verfügung gestellt haben, um den Streik niederzutun, schon verpulvert hat. Immer aber hat die Grube noch keine Leute, welche als Ersatz für die Streikenden zu betrachten sind. Jetzt sollen anscheinend schärfere Maßnahmen ergriffen werden, wie folgende Bekanntmachung erkennen läßt:

Verordnung.
 Für die Dauer des Streiks im Braunkohlenrevier wird auf Grund von § 1 bis 3 des Gesetzes vom 25. März 1837 (Gesetzsammlung Seite 51) folgendes verordnet:
 Die Betriebsleiter der Gruben sind verpflichtet, bei Transporten Arbeitswilliger vor Festlegung des Transportes die Zustimmung der zuständigen Polizeibehörden (Stadt- und Landratsämter) zu der beabsichtigten Zeit des Eintreffens auf dem im Herzogtum belegenen Bahnhof einzuholen. Die Einholung der Zustimmung hat mindestens 12 Stunden vor dem Eintreffen zu erfolgen.
 Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 75 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
 Altenburg, den 1. Juni 1911.
 Herzoglich Sächsisches Ministerium,
 Abt. des Innern.“

Die Wagaubunden.

Von Karl v. Holtzei.

(74. Fortsetzung.)
 Bei solchen Fragen, welche Anton, während Jara unterbrochen schlief, an sich selbst richtete, ohne Rücksicht auf Beantwortung, außer durch den Mund der Ersehnten, mußte wohl keine Ungebuld eine schwer zu beherrschende sein.
 In Nizza trennte er sich dankbarlichst von dem Besitzer des gebildeten Seefahrs, nahm ein Stübchen für sich allein, wusch, erquickte, stärkte sich bestens und trat ohne Aufschub, Kanzen, samt Geige auf dem Rücken, den Wanderstab in der Hand, die Fußreise wieder an. Er hatte kaum sein Wirtshaus verlassen, als ein langsam fahrender Betturino ihn anrief, befragte, wohin er gehe, und ihm, nachdem Anton Nizza genannt, den Voranschlag machte, seinen Kutschersitz mit ihm zu teilen gegen mäßige Bezahlung. Denn auch er fuhr gen Nizza, war von einem kranken Herrn, der für sich und einen Kammerdiener das Innere der Kutsche gemietet, angenommen, behielt aber die Vergünstigung, für das Kabriolett einen Passagier zu erwerben. Anton, welcher bereits mehrere Bestandteile der italienischen Sprache aufgelesen und sich zu eigen gemacht, verstand sich mit Petrillo so ziemlich; sie wurden bald handelseinig. Dem Helleiten wie der Geige wies man sichere Plätze zu, und unser Freund, sein gutes Glück preisend, bestieg den Woz.
 Während der Betturino zum erstenmal anhielt, stieg des Reisenden Kammerdiener aus dem Wagen, näherte sich Anton und rebete diesen französisch an: „Mein Herr hat mir befohlen, Sie zu fragen, ob Sie vielleicht vorziehen, bei ihm im Wagen Platz zu nehmen? Er wünscht sehr, sich mit Ihnen zu unterhalten. Er kennt Sie, und Sie kennen ihn. Ich soll mit Ihnen den Sitz beim Kutscher tauschen. Mein Herr würde selbst abgestiegen sein, Ihnen diesen Voranschlag zu machen, doch ist er zu leidend und schwach.“
 Anton hatte keine Ursache, einer so artigen Bitte nicht nachzugeben. Er tat ohne Aufschub, was von ihm gewünscht wurde. Wie er in den Wagen stieg, fand er sich neben einem Manne von sehr krankem und verstörtem Aussehen, der bei dem milden, fast heißen Herbstwetter in einen dicken Mantel verhummt, von Kissen und Polstern jeder Art umgeben und gestützt lag. Beim ersten Anblick erkannte der Einsteigende die entstellten Züge nicht wieder, was er durch seine zweifelhafte Begrüßung zu verstehen gab. Doch

der Kranke kam seinem Gedächtnis zu Hilfe, indem er ihn ansprach.
 Sogleich rief Anton: „Herr van der Helst? Sie?“
 Und Theodor entgegnete: „Sie staunen, daß ich Sie zu mir bitten ließ. Nach allem, was zwischen uns sich zugegetragen, und den Gebräuchen zufolge, wie sie unter gebildeten Menschen auf Erden herrschen, dürfen wir uns nur mit Pistolen in der Faust wieder begegnen oder müßten uns vermeiden. Ich weiß das. Doch weiß ich auch, daß diese Gebräuche nur für lebende, lebendige Menschen gelten; der Tote ist nicht mehr verpflichtet, sich ihnen zu fügen. Und ich bin ein toter Mensch. Daß ich noch rede, ändert nichts an der Sache. Ich bin ein Leichnam. Als ich Sie, neben dieser Kutsche wandernd, Ihres Weges ziehen sah und Sie augenblicklich erkannte, regte sich der verzehliche Wunsch in mir, mit Ihnen zu besprechen, was uns beide so nahe berührt. Erst auf meine Veranlassung wurden Sie durch Petrillo aufgefordert, die kleine Reise mit uns zu machen. Jetzt hoffe ich, Sie werden meine Bitte erfüllen. Sterbenden pflegt man, wo möglich, nichts abzuschlagen. Lassen Sie mich erfahren, was Sie und Ihr Verhältnis zu . . . zu der Toten angeht. Ohne Rücksicht, ohne Zurückhaltung, ohne Schonung! Sagen Sie mir die volle Wahrheit. Schlimmer kann sie doch nicht sein, als der Ausgang, den sie herbeigeführt hat. Doch auch das Schlimmste ist mir willkommen, weil ich klar sehen will. Sie erweisen mir, wenn Sie dies tun, einen großen Dienst; und wäre, wie ich vermuten darf, Ihr Gewissen nicht völlig rein gegen mich, so dürfte Ihnen selbst erwünscht sein, sich durch dieses mit gewidmete Opfer zu erleichtern.“
 Anton war tief ergriffen. Nur allzu lebhaft empfand er das Gewicht des ihm gemachten Vorwurfs; um desto lebhafter, je mäßiger die Anklage gestellt wurde. Er beichtete. Vom ersten Abend an, wo er Würbel im großen französischen Theater gesehen, bis zum letzten, wo er den in den Lüften verhallenden Ruf seines Namens, auf der Flucht vor ihr und ihrer wildglühenden Leidenschaft, durch die Nacht zittern gehört.
 „Also auch Sie,“ hob nach langem Schweigen der Kranke an, „also auch Sie waren bezaubert, verzaubert vielmehr durch die unerforschliche Macht dieses teuflischen Engels? Bei Ihnen auch erlosch dieses Zaubers fürchterbare Gewalt, als der schönste Körper zerstückt, verstümmelt, grauenschaft entstellt, die falsche Seele ausgehaucht? Nun, sagte ich nicht, Ihre Bekenntnisse würden mir Kraft verleihen? Das ist schon geschehen. Was Sie mir jetzt entdeckt: die Abhängigkeit, in

welcher auch Sie wider eigenen Willen verharren mußten, die fortwährende Anspannung aller Sinne und sinnlichen Erregungen, worin dieß schlaue Geschöpf auch Sie zu erhalten verstanden, der Abscheu, den Sie vor ihr hegten, immer wieder besiegt durch die kindische Furcht, ihr zu mißfallen und ihren Groll zu erwecken; noch mehr als dies alles: jene Erschöpfung aller geistigen und leiblichen Kräfte, nachdem Sie sich frei und den Zaubern verbannt fühlten; der Wahnsinn, der Sie zu beherrschen drohte; die Todeskrankheit, der Sie fast unterlagen; . . . ich finde mich in diesen Zuständen wieder, mich und mein Gesicht. Nur mit dem einen Unterschiede, daß Sie am Rande des Grabes, durch Jugend und Genesung gerettet, umkehren durften, sich dem Leben wieder zuzuwenden; und daß ich hinabsteigen werde in die kalte, finstere, einsame Grube; jung, mit dem Wunsche zu leben!“
 „So weit ist es noch nicht,“ stammelte Anton.
 „Freilich nicht! Leider nicht! Es kann noch ziemlich lange dauern, bis dies Automatenwesen, das ich führe, verlischt. Und ist das nicht um so trauriger? Die Ärzte wissen nicht mehr, was sie mit mir beginnen sollen! Die Pariser schickten mich nach Nizza. In Nizza, um mich nur los zu werden, priesen sie mir Nizza. Ich weiß im voraus, auch in Nizza kann sich's mit mir nicht ändern. Ich werde auch dort nicht aushalten. Da habe ich meine Leute entlassen, die sämtlich treulose Betrüger und Verbündete jener erbärmlichen Spielgesellen waren, mit denen meine eigene Verblendung mich verbündet hatte. Ich habe meine Wagen verschleudert, meine Pariser Einrichtung hingeworfen, jeden Luxus von mir entfernt, — nicht um zu sparen, den für wen sollt ich das? Nur weil mich aneselt, worin ich aufwuchs. Es regte sich in meinem Innern giftiger Meid gegen die Armen, die, auf sich allein angewiesen, sich durch die Welt schlagen; die Aberdruß, Langeweile nicht kennen, die noch empfänglich sind für Lust und Freude. Denen wollte ich es gleich tun, — ah, ich vergaß, daß man dazu Kraft und Gesundheit braucht; daß der Kranke, Glende, wenn er arm ist, zwiefach leidet; daß Reichtum doch manche Linderung gewährt; aber ich rede immer von meinem Reichtum, als wüßte ich so sicher, daß ich ihn noch besitze! Das werde ich erst erfahren, wenn ich heimkomme. Meine Unordnungen, Würbels wahnwitzige Verschwendungswut, die Nichtswürdigkeit der sogenannten Freunde haben meine Verhältnisse dermaßen verwirrt, daß ich mich selbst nicht mehr auskenne, Schleicht der Tod, den ich in diesen Gliedern spüre, so langsam fort wie bisher, zögert er noch sehr lange, bis er mir ans Herz tritt, — dann kanns vielleicht geschehen, daß ich als Bettler sterbe, wie jener Wagaubund in meinem Liebenauer Walde, für dessen

